Sonntags-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“ erscheint wochentägl. zweimal, Sonntags einmal. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Hollands), Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur p. Kreuzband durch d. Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonniert man bei d. Haupt-Expedition. SW. 19. Jerusalemerstr. 46/47, sowie deren Filialen: Leipzigerstr. 108; Potsdamerstr. 33; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 188; Schiffbauerdamm 1; Große Frankfurterstr. 33; Petersburgerstr. 2; Mittenwalderstr. 6; Sorauerstr. 20; Rykestr. 32; Wedding, Gerichtstr. 14; Schöneberg, Feurigstr. 12; Charlottenburg, Kantstr. 34; Rixdorf, Prinz Handjerystr. 83/84.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt“ u. „Handels-Zeitung“, sowie das illustr. Witzblatt „ULK“, die feuillet. Montags-Ausg. „Zeitgeist“, die „Technische Rundschau“, die illustr. Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ und „Haus Hof Garten“ durch die Post bezog. vierteljährlich 6 M., Ausland exkl. Postaufschlag; für Berlin bei tägl. zweimal. Zustell. monatl. 2 M., vierteljährl. 6 M. Direkt unter Kreuzbd. vierteljährl.: fürs Ausland 18 M., fürs Inland 14 M. Inserate à Zeile 70 Pf. („General-Anzeiger“ 40 Pf.) werd. i. d. Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/47, sowie der Filialen: Leipzigerstr. 103, Ecke Friedrichstr.; Potsdamerstr. 33; Königstraße 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 188; Schiffbauerdamm 1; Gr. Frankfurterstraße 33; Charlottenburg, Kantstr. 34; Rixdorf, Pr. Handjerystr. 83/84, angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Nr. 456.
36. Jahrgang

Sonntag
8. September 1907

Hierzu die Illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ Nr. 72.

∞ Politische Wochenschau.

Von
Paul Michaelis.

In Münster hat der Kaiser in beredten Worten dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß das schöne Bild versöhnlicher Einheit, wie er es in der Provinz Westfalen bemerkt zu haben glaubte, auf das gesamte Vaterland übertragen werde. Der Kaiser selbst machte in gewissem Sinne den Anfang mit der Verwirklichung dieses Ideals, indem er erklärte, daß ihm zwar viele Menschen unbewußt und oft leider auch bewußt bitter wehe getan hätten, daß er aber aus seiner religiösen Gesinnung heraus zu einer milden Beurteilung für seine Mitmenschen gekommen sei.

In dieser Auffassung, die erkennen läßt, daß auch an der Person des jetzigen Kaisers die Zeit nicht vorübergegangen ist, ohne seinen Charakter zu beeinflussen, wird man in der Tat einen erfreulichen Fortschritt erblicken müssen. Denn mehr als einmal sind durch scharfe Aeußerungen des Kaisers die Gegensätze des politischen wie des künstlerischen Lebens der Nation verschärft worden. Dabei braucht man allerdings nicht mit dem Kaiser den Nachdruck auf die religiösen Rücksichten zu legen, von denen sich der Kaiser bei seiner Auffassung der Dinge leiten läßt, auch wenn man mit Befriedigung konstatieren darf, daß der Kaiser nicht an das kirchliche Dogma, sondern an die Grundsätze des praktischen Christentums denkt. Wie heute der Gedanke des christlichen Staates auch in seiner verfeinerten Form als überwunden zu gelten hat, so ist auch eine Versöhnung der Stände und Parteien um so eher möglich, je mehr die konfessionellen Rücksichten aus der praktischen Politik ausgeschaltet werden. Aber daß sich das deutsche Volk um so leistungsfähiger im Inneren und widerstandsfähiger nach außen zeigen wird, je mehr es ihm gelingt, die vorhandenen Gegensätze auszugleichen, darüber wird man mit dem Kaiser der gleichen Meinung sein können.

Als einen Granitblock bezeichnet der Kaiser das deutsche Volk, wenn alle Teile, Bürger, Bauern und Arbeiter, in gleicher Liebe und Treue zum Vaterlande zusammenwirken. Hier ist ein Ideal aufgestellt, das freilich erst in langer zielbewußter Arbeit verwirklicht werden kann, ja, das nur gefährdet wird, wenn man seine Wirkungen schon vorwegnehmen und in übersteigenem Patriotismus die Zeit schon für erfüllt ansehen möchte, wo an deutschem Wesen die Welt genesen soll. Vorläufig müssen wir schon zufrieden sein, wenn es uns nur gelingt, unsere Gleichberechtigung mit den übrigen Kulturnationen zu behaupten. Mögen wir auch noch immer bis zu einem gewissen Grade als das Volk der Denker und Dichter angesehen werden können, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß auch anderwärts gearbeitet und gedacht wird, so daß der Wettbewerb der Völker heute eher schwerer als leichter geworden ist, wenn man die Gegenwart mit weiter zurückliegenden Zeiten vergleicht.

Fürst Bülow steckt sich denn auch seine Ziele wesentlich niedriger; er ist schon zufrieden, wenn er an Stelle des großen Granitblocks, von dem der Kaiser spricht, nur seinen viel kleineren und unscheinbareren konservativ-liberalen Block vor dem raschen Zerfall zu behüten vermag. Daß er dabei alle seine diplomatischen Künste spielen läßt, beweist jeder neue Tag. Auch die Sommerfrische in Norderney zeigt den Kanzler an der mühseligen Arbeit, die Stützen des Blocks nach Möglichkeit zu festigen. Es muß zugegeben werden, daß er dabei auch die freisinnigen Parteien nicht vergißt, wie sich schon daraus ersehen läßt, daß zu den in Norderney empfangenen Parlamentariern auch die freisinnigen Abgeordneten Reinhard Schmidt und Kämpf gehörten, denen sich nun noch der Vertreter der süddeutschen Volkspartei Payer zugesellt hat.

Nur scheint es nicht, als ob es dem Kanzler schon gelungen sei, die Differenzen zu überwinden, die in der Verschiedenheit der konservativen und der liberalen Weltauffassung liegen. Man drängt besonders von liberaler Seite immer stärker darauf, daß die Paarung auch ein Ergebnis zeitigt, das in der Richtung der liberalen Forderungen liegt. Ueber das Maß dessen, was zunächst gefordert werden muß, mögen dabei die Ansichten innerhalb der liberalen Parteien auseinandergehen. Aber das sind mehr Fragen der Taktik als der eigentlichen Ziele. Darüber herrscht bei allen Politikern, die nicht bloß dem Namen nach liberal sind, wohl Uebereinstimmung, daß die kommende Session nicht unfruchtbar sein darf, weder im Reiche noch in Preußen, weil sonst der Block unfehlbar zerbricht. Für die Fruchtbarkeit der kommenden Tagung ist aber mit dem Wohlwollen des leitenden Staatsmannes allein nichts getan: er muß es auch verstehen, die konservativen Teile des Blocks für eine Politik der Reformen zu gewinnen.

Die Probe darauf wird in erster Linie die Reform des preußischen Wahlrechts bringen müssen. Wie weit die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit der bestehenden Dreiklassenwahl schon gedrungen ist, das hat der Kandidat der Nationalliberalen in Lehe-Geestemünde, Geheimrat Witting in seiner Kandidatenrede mit aller Schärfe zum Ausdruck gebracht. Er hat aber auch auf einige andere Punkte hingewiesen, die dringend einer gründlichen Revision bedürfen, wenn Preußen sich zu einem wirklich modernen Staatswesen entwickeln soll. Es ist das weite Gebiet der Schule und das noch weitere der Verwaltung, auf denen die Reformtätigkeit einsetzen muß. In allen diesen grundlegenden Fragen gehen allerdings die Freisinnigen mit den Nationalliberalen nur eine Strecke weit zusammen, um in ihren Endzielen sich zu scheiden. Aber der kompakten Reaktion gegenüber drängt sich doch die Notwendigkeit auf, einmal zunächst einen frischen Zug in die träge Stickluft der preußischen Politik und Verwaltung zu bringen. Nur wird man sich immer vor Augen halten müssen, daß es mit kleinen Versprechungen, mögen sie auch noch so gut gemeint sein, nicht abgetan sein kann; nur wirkliche Reformen können die liberalen Parteien und erst recht die liberalen Wähler an der Seite der Regierung festhalten.

Daß die Dinge im Reiche nicht anders liegen, ergab sich auch in diesen Tagen wieder aus den Beratungen des Bankiertages in Hamburg, die jedem Unbefangenen die dringende Notwendigkeit einer gründlichen Reform des geltenden Börsengesetzes klar machen mußten. Dabei wurde in dankenswerter Weise auch auf die engen Beziehungen hingewiesen, die zwischen einer lebensfähigen Börse und der finanziellen Kriegsbereitschaft bestehen. Vielleicht tragen gerade diese Erwägungen dazu bei, hinter die Börsengesetzreform endlich etwas Dampf zu machen. Es ist höchste Zeit dazu; denn ist erst der Patient gestorben, dann helfen auch die besten Rezepte und Medikamente nichts mehr.

Gewiß hofft man bei uns allgemein, daß der Friede erhalten bleibt, und in der Rede des Kaisers in Münster wurde mit ganz besonderer Befriedigung der Wunsch bemerkt, daß es ihm vergönnt sein möge, fernerhin den Frieden zu erhalten. So wenig indessen diese zielbewußte Friedenspolitik verhindert, daß wir das Schwert geschliffen und das Pulver trocken halten, so wenig darf die finanzielle Kriegsrüstung vernachlässigt werden. Hat sich doch ohnehin das marokkanische Problem wieder in einer Weise zugespitzt, die nicht ohne Gefahren ist.

Das übereilte Bombardement von Casablanca hat Folgen nach sich gezogen, die sich noch längst nicht in ihrem ganzen Umfange übersehen lassen. Der Kampf zwischen dem Sultan Abdul Asis und dem Gegensultan Muley Hafid hat zwar das ganze Land in Unruhe gestürzt, aber ohne daß schon deutlich geworden wäre, auf welche Seite sich zuletzt die Wage des Erfolges neigen wird. Allerdings scheint sich Abdul Asis in Fes nicht mehr sicher zu fühlen und deshalb im Begriff zu sein, sich an die Küste zu flüchten. Und die Ermordung seines Ministers des Auswärtigen und einiger anderer Günstlinge beweist, daß auch der marokkanische Absolutismus seine Ergänzung im Meuchelmord findet.

Nur würde man sich irren, wollte man aus diesen inneren Streitigkeiten schließen, daß die fanatische Bevölkerung Marokkos dadurch an Widerstandskraft gegenüber der französischen Invasion verloren habe. Offenbar hat man sich in Paris die Besetzung von Casablanca etwas leichter gedacht, als sie sich jetzt erweist. Denn kaum ein Tag vergeht, an dem nicht zwischen den Franzosen und den marokkanischen Kriegern erbitterte Kämpfe stattfinden, bei denen die Marokkaner eine überraschende Tapferkeit und Geschicklichkeit zeigen. Obgleich General Drude mindestens 7000 Mann zu seiner Verfügung hat, ist es ihm doch nicht möglich gewesen, auch nur die nächste Umgebung von Casablanka von feindlichen Truppen zu säubern, und bei dem Vorstoß am letzten Dienstag wurden seine Truppen mit blutigen Köpfen heimgeschickt.

Es ist unter diesen Umständen begreiflich, daß man in Frankreich allmählich etwas unruhig wird und den demonstrativ zur Schau getragenen Optimismus des Ministerpräsidenten Clemenceau je länger je weniger teilt. Scheint man doch besonders in Spanien besorgt zu sein, daß die Ereignisse die beiden mit der Organisation der marokkanischen Polizei beauftragten Mächte über die von der Algeciras-Akte gezogenen Grenzen hinaustreiben könnten. Und wenn auch die Meldung von einem Bombardement Mazagans sich als falsch erwiesen hat, so ist doch die Besorgnis nicht unbegründet, daß die Unruhen von Casablanca auch auf andere Hafenstädte übergreifen, von der Unsicherheit im Inneren ganz zu schweigen.

Ebenso haben sich Frankreich und Spanien bereits genötigt gesehen, insoweit eine Abänderung der Algeciras-Akte bei den Signatarmächten zu beantragen, als sie die internationale Polizei nicht aus Eingeborenen, sondern aus Spaniern und Franzosen zu formieren genötigt sind. Die Mächte haben zwar, soweit es sich bisher übersehen läßt, diesem Antrage zugestimmt, aber sie werden sich nicht verhehlt haben, daß damit die internationale Polizei in Marokko einen anderen Charakter erhält, als man in Algeciras in Aussicht genommen hatte. Es scheint denn auch, als ob die deutsche Regierung, indem sie dem Vorschlage der beiden Mächte ihr Placet erteilte, zugleich deutlich durchblicken ließ, daß die Beschlüsse von Algeciras für das fernere Verhalten Frankreichs und Spaniens maßgebend bleiben müßten.

Auch die Frage, in welcher Weise der durch das Bombardement von Casablanca in Mitleidenschaft gezogene deutsche Handel entschädigt werden soll, droht allmählich eine schärfere Gestalt anzunehmen. Wir setzen allerdings voraus, daß Frankreich alles vermeiden wird, was gerade in dieser schwierigen Situation die Einigkeit der Mächte gegenüber Marokko ins Wanken bringen könnte. An einen neuen internationalen Konflikt Marokkos wegen braucht dabei nicht einmal gedacht zu werden; es wäre schon bedauerlich genug, wenn die Anfänge freundlicherer Beziehungen zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich wieder neuen Unstimmigkeiten Platz machten. Daß eine deutsch-französische Verständigung freilich nicht auf die ausschließlichen Kosten Deutschlands hin erfolgen darf, sondern daß sie nach dem Grundsatz des do ut des erfolgen muß, darüber ist man sich wohl auch in Paris keinen Augenblick im Unklaren.

---

* Gleich den Abgeordneten Kaempf und Schmidt-Elberfeld hat nun auch ein Vertreter der dritten freisinnigen Gruppe, der süddeutsche Volksparteiler **Friedrich Payer** einer Einladung des Fürsten Bülow folgegeleistet und sich nach Norderney begeben. Die „Berl. Volks-Ztg.“ bemerkt dazu: „Hoffentlich läßt der Führer der süddeutschen Volkspartei bei dem Fürsten Bülow keinen Zweifel daran aufkommen, daß es nicht die Aufgabe und der Sinn der Blockpolitik sein könne, die Forderungen des Liberalismus den Konservativen zuliebe bis zur völligen Harmlosigkeit zurückzuschrauben.“ Man wird sich erinnern, daß Friedrich Payer auf eine Anfrage, die wir an ihn richteten, mit erfreulicher Bestimmtheit erklärt hat, er halte ein energisches Vorgehen in der preußischen Wahlrechtsfrage für eine absolute Notwendigkeit. Payer ist, nach einem späteren Telegramm, gestern früh in Norderney eingetroffen und hatte eine längere Unterredung mit dem Reichskanzler, zusammen mit dem Abgeordneten Schmidt-Elberfeld. Hierauf fand ein gemeinsames Dejeuner statt.

---

* Die schon so oft dementierte Meldung von dem bevorstehenden **Rücktritt des Professors Curtius**, des Herausgebers der Hohenloheschen Denkwürdigkeiten, von seinem Amte als Präsident des reichsländischen Oberkonsistoriums taucht jetzt wieder einmal auf, und zwar diesmal zur Abwechselung in der sozialdemokratischen Presse. Die Stuttgarter „Schwäbische Tagwacht“ will wissen, daß der Rücktritt des Professors Curtius am 1. Oktober ganz bestimmt erfolgen wird. Unser Straßburger □-Korrespondent ist, wie er uns telegraphisch mitteilt, in der Lage, diese Meldung authentisch zu dementieren; Professor Curtius denkt an keine Demission. Welchem Zwecke die Meldung des sozialdemokratischen Blattes dienen soll, ist unerfindlich.

Die Entschädigungsfrage.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 7. September.

Mit Bezugnahme auf den Artikel in der gestrigen Abendnummer des „Berliner Tageblatts“ über die Entschädigungsfrage in Marokko weist Georges Villiers im „Temps“ darauf hin, daß es noch eine einfachere Lösung gebe, als ein Schiedsgericht. Er erinnert an das Bombardement von Alexandria im Jahre 1882 und an das Dekret über die Entschädigungsfrage, das Sheriff Pascha am 13. Januar 1883 den Mächten überreichte, und das allgemeinen Beifall fand. Villiers ist der Ansicht, daß dieses Dokument als Grundlage auch für die Ereignisse von Casablanca dienen könne, denn der Präzedenzfall in Alexandria sei um vieles heikler und schwieriger gewesen als die jetzt sich ergebenden Fragen. Damals habe es sich um eine Stadt von 150,000 Einwohnern und um einen von den ernannten Kontrolleuren taxierten Schaden von 150 Millionen gehandelt. Casablanca zähle nur 20,000 Einwohner, und die drei Deutschen aus Casablanca bezifferten die Verluste nicht höher als sieben bis acht Millionen. (Zu diesen Ausführungen des Herrn Georges Villiers möchten wir folgendes bemerken: In dem Artikel des „Berliner Tageblatts“ war keineswegs empfohlen, in dieser Entschädigungsfrage ein Schiedsgericht anzurufen. Ein Schiedsgericht müßte allerdings befragt werden, wenn die französische These, daß die Marokkaner zur Entschädigung verpflichtet seien, Geltung gewänne, und wenn die Marokkaner dann die Zahlung verweigerten. Wir haben darauf hingewiesen, daß eine solche Lösung für Frankreich nicht grade erwünscht sein könnte, da, bei dauernder Weigerung seitens der Marokkaner, Deutschland einen Anspruch und somit ein Pfändungsrecht erhielte. Daß nach der Beschießung von Alexandria nicht England, sondern Aegypten die Entschädigung bezahlte, ist auch von uns erwähnt worden. Aber gerade weil der angerichtete Schaden diesmal geringer ist, täte Frankreich unserer Meinung nach gut, diese Affäre kurzerhand zu beenden, um nicht überflüssige Verstimmungen Platz greifen zu lassen. Die Red.)

---

* Die von der Regierung der Vereinigten Staaten nach Europa entsandten **Einwanderungskommissare** sind jetzt, wie uns eine Kabel-Depesche unseres New-Yorker X-Korrespondenten meldet, wieder in ihrer Heimat eingetroffen. Sie haben der Regierung einen Bericht erstattet, in dem sie gewisse Beschränkungen der Einwanderung empfehlen. Namentlich sollen Bestimmungen getroffen werden, welche die Einwanderung von Verbrechern, mit